

# HANNOVERNEWS

Nr. 3/2020

Achtung!  
Geänderter Ort  
für die MV am  
11. 11. 2020  
(siehe Rückseite)



SAGE MIR, MIT WEM DU UMGEHST ...

# Freiheit

Der Staat ist keine Institution der Freiheit, sondern des Zwangs, denn er dient der Aufrechterhaltung einer bestehenden gesellschaftlichen Ordnung. Diese gewährt zwar ihren Gliedern je nach ihrer Stellung ein unterschiedliches Maß an Freiheiten, sie überträgt jedoch dem Staat ein „Gewaltmonopol“, um die Zwänge jenseits dieser Freiheiten notfalls durchzusetzen. Soziale und politische Auseinandersetzungen um diese Freiräume sind immer konkret und von Interessen geleitet. In der Vergangenheit soll es immer mal wieder vorgekommen sein, dass solche sozialen Widersprüche die Grundlagen für eine neue Gesellschaftsordnung geschaffen haben. Aber das ist eine andere Geschichte.

Wenn aber massenhaft Leute nur unter der Parole „Freiheit“ durch die Straßen ziehen und sich auf Großkundgebungen versammeln, wie jüngst in Berlin und danach in bescheidenerem Umfang in



Foto: twk

**Freiheit, die ich meine,  
die mein Herz erfüllt,  
Komm' mit deinem Scheine,  
Süßes Engelbild.**

(aus dem deutschen Volksvermögen)

*Gefährlich harmlos...*

auch unter diesen Freiheitskämpfern, zusammen mit christlichen Erweckungspredigern, pauschalen Gegnern der „Gentechnik“ und denen, die hinter allem Bill Gates sehen. Nazis sind das natürlich nicht alle, aber, wenn sie, wie jüngst in der HAZ zu lesen war, befragt werden, wie sie dazu stehen, dass die mit ihnen demonstrieren, liest man: „Eine Demonstration ist eine offene Veranstaltung. Wie soll man da Menschen ausschließen?“ Was sich da versammelt ist gefährlich harmlos.

**corvus**

Hannover, und dabei die staatlichen Maßnahmen gegen die derzeitige Pandemie zum Anlass nehmen, so ist das zumindest bizarr.

Zu den staatlichen Aufgaben der „Daseinsvorsorge“ gehört der Seuchenschutz. Er ist ohne Zwangsmaßnahmen nicht zu haben. Es hätte viel Anlass zu Kritik und öffentlichem Protest gegeben wegen verspäteter und unzureichender oder auch überzogener Maßnahmen, mangelhafter Ausrüstung von Einrichtungen und personeller Ausstattung von Institutionen wie Gesundheitsämtern. Das kümmert aber Leute nicht, die die Pandemie generell leugnen und hinter allen Vorsorgemaßnahmen ungeprüft einen Angriff auf die „Bürgerfreiheit“ sehen.

Flächendeckende Impfungen haben bei uns so schreckliche Geißeln wie Pocken und Polio ausgerottet. Um die Masern zu beseitigen, müsste man eine Impfquote von > 95 Prozent erreichen. Das ginge ohne Impfpflicht nicht, aber > 93 Prozent ist vielerorts schon real. 2019 konnte man von Seiten der Hamburger Gesundheitsbehörde aber vernehmen, dass die Gefahr von Masernausbrüchen in Kindergärten eines renommierten privaten Trägers, die von Impfgegnern bevorzugt werden, größer sei, als in Flüchtlingsunterkünften. Solche Leute findet man natürlich

**corvus schreibt regelmäßig Kommentare zu aktuellen Fragen, besonders mit regionalem Bezug. Der Autor ist ständiges Mitglied der Redaktion.**

## Impressum:

Herausgeberin:  
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
Kreisverband Region Hannover  
Berliner Allee 18, 30175 Hannover  
Telefon 66 20 -14/-15, Fax 62 12 94  
E-Mail: [gew@gew-hannover.de](mailto:gew@gew-hannover.de)

Verantwortliche Redakteurin i.S.d.P.: Maren Kaminski  
Berliner Allee 18, 30175 Hannover

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Herausgeberin oder der Redaktion dar.

Layout: datagraphis GmbH, Wiesbaden-Nordenstadt

Druck: DruckWerk Peter-Michael Thiem e.K., Hannover

Die GEW HannoverNews erscheinen dreimal im Jahr.  
Auflage: 5500 Exemplare.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Titelkarikatur: Swidbert Gerken



## Rechtskreisübergreifender Pool für Klassenassistenten

Eine Resolution vom Inklusionsbeirat an den Schul-, Jugendhilfe- und Sozialausschuss

Dem Schulausschuss angegliedert, trifft sich der Inklusionsbeirat unter Leitung von Silvia Klingenburg-Pülm mehrmals im Jahr, um Lösungswege zur Optimierung der Inklusion zu diskutieren und im besten Falle zu finden. Die o. g. Resolution ist ein Ergebnis dieser Arbeit.

Um erfolgreiche Poolmodelle von anderen Landkreisen kennenzulernen, wurden Referenten, u. a. aus Peine und Osnabrück, in den Inklusionsbeirat eingeladen. Sie stellten jeweils ihre Organisationsschritte zum Aufbau eines Pools und die gesammelten Erfahrungen und Auswertungen in der Umsetzung an diesen Schulen vor. Die Gruppe der daran Beteiligten war komplex und es musste eine Verzahnung aller Bereiche erreicht werden: der Schulträger, die Fachbereiche Soziales und Jugendhilfe sowie die Schulleitungen und multiprofessionellen Kollegien der Schulen (Landesbedienstete) und die jeweiligen dienstleistenden freien Träger – so dass es als kleines „Kunststück“ anzusehen ist, dass es nach einem mehrjährigen(!) Vorlauf mit vielen Gesprächen zu einem gemeinsamen Nenner kam, ein Poolmodell für Klassenassistenten organisiert und an den beteiligten Schulen mit einer erfolgreichen Bilanz umgesetzt werden konnte.

Da nach Wegfall des bisherigen Antragsverfahrens nach SGB VII und SGB IX Eingliederungshilfeleistungen nicht mehr möglich sind, wird in der Resolution gefordert, ein Finanzierungsmodell für das Pilotprojekt eines Poolmodells in Hannover zu entwickeln. Ziel des Poolings ist, eine pädagogisch sinnvollere, aber auch Ressourcen optimierende Bündelung von Unterstützung aufzustellen. Momentan wird nach Bedarf ein/e **Einzelfallhelfer\*in** für ein Kind beantragt, welche/r ausschließlich **nur für dieses Kind** zuständig sein darf. Oftmals vergeht eine lange und leidvolle Zeit von der Antragstellung bis zur tatsächlichen Bereitstellung dieser Unterstützung. In der Resolution wird jedoch richtig konstatiert, dass „das Gelingen von schulischer Inklusion [...] in hohem Maße von der zeitnahen, präventiven und verlässlichen Versorgung der Schulen mit ausreichenden Assistenten“ abhängt. Jedoch kann „im Rahmen des Fachkräftemangels [...] dem Individualrecht der Eltern nicht vollumfänglich entsprochen werden“. Daher sollte durch „innovative Lösungen“ dieses Dilemma überwunden werden, „damit kein Kind abgehängt wird und das Recht auf Bildung jederzeit wahrgenommen werden kann. Für alle Beteiligten wird es einen Mehrwert geben: Die Stig-

matisierung des Kindes entfällt, die Unterstützung für die Kinder und Lehrkräfte ist sofort vorhanden.“

Als Impuls und Auftrag richtet sich die Resolution an die LHH, jedoch betonend, dass an dieser Stelle auch eine finanzielle Beteiligung des Landes Niedersachsen zu prüfen sei, wofür u. a. der Paragraph 54 NSchG als Rechtsgrundlage dienen könnte.

Konkret werden folgende Punkte aufgezählt, die das Konzept beinhalten soll:

- Eine wissenschaftliche Begleitung und Evaluation ist von Beginn an sicherzustellen.
- Um allen Beteiligten längerfristige Planungsmöglichkeiten einzuräumen, ist ein definierter Projektzeitraum von vier Jahren notwendig.
- Es ist eine Handreichung zu erstellen, die klar und transparent den Leistungsumfang für Schule und alle in Schule Tätigen (im Sinne eines multiprofessionellen Teams) und Eltern beschreibt.
- Die Eltern sind von Anfang an in den Prozess einzubinden.
- Die Versorgung erfolgt losgelöst und ungebunden vom einzelnen Kind/Jugendlichen und wird rechtskreisübergreifend (SGB VII und SGB IX) finanziert. Das Individualrecht bleibt davon unberührt.
- Die Versorgung erfolgt einer Diagnose/Begutachtung vorge-schaltet.
- Das Konzept soll einen Mindeststandard einer pädagogischen Qualifikation definieren.
- Die Betreuung/Arbeit der Klassenassistenten in den Gruppen umfasst den ganzen Tag (z. B. Ganztagsgrundschulen).
- Das Regionale Beratungs- und Unterstützungszentrum Inklusive Schule (RZI) der Stadt Hannover (*korr. Anm. der Verfasserin: das RZI ist an die Nds. Landesschulbehörde angegliedert*) steht Eltern von Kindern mit Beeinträchtigungen als Beratungsinstanz für Fragen der inklusiven Beschulung und den damit verbundenen strukturellen Rahmenbedingungen zur Verfügung.

Zusammenfassend sei gesagt, es ist ein konstruktiver Weg zur Umsetzung der Inklusion – vorausgesetzt, die Arbeitsverträge sind akzeptabel und das Kultusministerium/Land beteiligt sich.

**Inklusion ist keine rein kommunale Aufgabe, sondern ein allgemein gesellschaftlicher Bildungsauftrag!**

**Susan Bartels de Pareja**  
Vertreterin der Lehrkräfte im Schul- und Bildungsausschuss der Landeshauptstadt Hannover

# „Unsere Taschen sind leer“

Am 15. September protestierten Lehrkräfte für Deutsch als Fremdsprache (DaF) vor dem Niedersächsischen Landtag in Hannover. Die Aktion wurde vom Aktionsbündnis DaF Hannover veranstaltet, einer eng mit der GEW zusammenarbeitenden Vertretung von über 110 DaF-Lehrer\*innen aus Hannover und der Region.

Das Ziel war nicht nur, auf die existenzbedrohende Lage der meist selbstständigen Lehrkräfte in der Corona-Krise hinzuweisen, sondern auch auf die grundsätzlichen und skandalösen Probleme der Erwachsenenbildung, unter denen die in diesem Bereich tätigen Lehrkräfte seit Jahrzehnten leiden und die von Jahr zu Jahr größer werden.

In der Presseeinladung des Aktionsbündnisses DaF Hannover zu der Aktion stand u. a. geschrieben: „Entsprechend dem Motto ‚Unsere Taschen sind leer‘ werden Lehrkräfte für Deutsch als Fremdsprache ihre im wahrsten Sinne des Wortes leeren Taschen vor dem Landtag präsentieren. Mitte September fand im Bundeskanzleramt der Festakt ‚15 Jahre Integrationskurse‘ statt. Doch leider haben die Lehrkräfte dieser Kurse nur wenig zu feiern. Wer im Auftrag des Bundes Deutsch als Fremdsprache unterrichtet und damit das Fundament für eine gelungene Integration von Migrant\*innen legt, wurde während des Lockdowns von der Politik im Stich gelassen. Die meisten Lehrkräfte hatten von heute auf morgen keine Einkünfte mehr und sind in Hartz IV gerutscht. Das darf nicht sein, wenn man jahrelang im Auftrag des Bundes gesellschaftlich wertvolle Arbeit geleistet hat.“

Das Aktionsbündnis DaF Hannover forderte vor dem Landtag eine Lebenshaltungskostenpauschale für Soloselbstständige (wie es sie in anderen Bundesländern bereits gibt), damit auch

DaF-Lehrkräfte von Soforthilfe profitieren, und endlich eine grundsätzliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen, um zukünftige Krisen überstehen zu können.

Dem Deutschlandfunk, der über die Aktion und den Berliner Festakt ausführlich berichtete, sagte Kollegin Christiane Kusz: „Wir unterrichten nicht nur Sprache, sondern wir legen die Basis für eine gelungene Integration. Und wir glauben, das ist mehr Geld wert.“ In dem Bericht des Deutschlandfunks kam auch Björn Thümler, der für die Erwachsenenbildung zuständige Minister für Wissenschaft und Kultur, zu Wort. Er nannte eine Reihe von Maßnahmen, die die Landesregierung für die Erwachsenenbildung getroffen hatte. Die Lehrkräfte profitieren allerdings so gut wie nicht von ihnen. Als sie vor einigen Wochen den Minister angeschrieben und um eine Lebenshaltungskostenpauschale gebeten hatten, wurde ihnen in seiner ausführlichen Antwort zwar Respekt für ihre unerlässliche Arbeit gezollt, aber nur empfohlen, die Grundsicherung (Hartz IV) in Anspruch zu nehmen. Auf einer der leeren Papiertaschen, die von den Lehrkräften vor dem Landtag aufgestellt wurden, hieß es dazu: „Hartz IV als Dank für systemrelevante Arbeit“.

Man darf auch nicht vergessen, dass viele selbstständige Lehrkräfte die Grundsicherung (z. B. wegen Bedarfsgemeinschaft oder Altersvorsorge) nicht beantragen können. Und von der Soforthilfe profitieren sie kaum, weil diese für Betriebskosten bestimmt ist. Also: „Unsere Taschen sind leer.“ **Artur Sieg**

Mehr Fotos und Links zu den Berichten von Deutschlandfunk und h1 befinden sich unter: <https://www.dafdz-lehrkraefte.de/2020/09/10/15-september-protestaktion-in-hannover/>



## 1. September: Ein Gedenktag, dreifaches Gedenken

Zum Gedenken an den deutschen Überfall auf Polen am 1. September 1939 wird dieses Datum als Antikriegstag begangen. Der traditionelle Gedenkort in Hannover ist das Mahnmal am Maschsee für die Opfer der Morde der Gestapo auf dem Seelhorster Friedhof kurz vor der Befreiung. Ausgerichtet wird die Feierstunde regelmäßig von der IG Metall und ihrer Jugend unter Beteiligung der Stadtgesellschaft. Immer ist auch eine Gruppe von Schülerinnen und Schülern mit einem Beitrag vertreten. 2020 hat das Virus alles etwas verändert: Ein offizielles Gedenken am Maschsee-Nordufer wurde von der Städtischen Erinnerungskultur für wenige geladene Gäste ausgerichtet, die IG Metall, die IG Metall-Jugend und der DGB veranstalteten außerdem

eine große Kundgebung an diesem Ort. Zum Befremden vieler fand zusätzlich noch eine Kundgebung in Hannover-Linden mit der Bundestagsfraktion einer Partei statt, die offensichtlich so geplant war, dass eine Teilnahme an diesen beiden Veranstaltungen nicht möglich war.

Dass die Landeshauptstadt – wie am 8. Mai – wieder eine kleine Gedenkstunde mit geladenen Teilnehmern durchführte, liegt in ihrer Entscheidung. Eine Gedenkveranstaltung, zu der alle Kräfte dieser Stadt aufgerufen wurden, für die der 1. September nicht nur ein historisches Datum, sondern eine Mahnung zum aktiven Einsatz für Frieden ist, sollte auch gemeinsam öffentlich gemacht werden!

**Reinhold Weismann-Kieser**

## Endlich wieder auf der Straße: Fridays for Future



*Klimaschutz ist Artenschutz!*



*Omas und Opas for Future*

Am Freitag, dem 25. September war der City-Ring dicht, weil an allen Knotenpunkten Kundgebungen stattfanden, die zwar die herrschenden Regeln der Pandemie beachteten, aber die viel brennendere Frage des Klimawandels wieder zum Thema machten. Zwar blieb die Beteiligung unter den Erwartungen der Veranstalter, aber die schienen sich auch darüber klar zu sein: „So eine Demo ist natürlich fetter ohne Hygieneregeln.“

Unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern fanden sich neben der großen Zahl junger Aktiver alle Altersstufen bis hin zu „Omas und Opas for Future“. Die Präsentation der Aussagen und Forderungen war entsprechend vielfältig und fantasievoll gestaltet.

Am Aegi, einem der Kundgebungs- und Blockadezentren, sorgte die bewährte Samba-Gruppe der GEW für den richtigen Rhythmus.

**Reinhold Weismann-Kieser**



*Samba for Future*

FOTOS: rwk

## Herbstgespräch in der Grundschule Fuhsestraße (Hannover-Leinhausen)

# Kein Mensch lernt digital oder warum IT für Schulen und Unterricht neu gedacht werden muss

Zur Einstimmung wird im Rahmen der Begrüßung und Vorstellung der Grundschule Fuhsestraße ein kurzer Film gezeigt, in dem Schüler\*innen ihre Schule vorstellen. Es wird deutlich, dass sie Vertrauen haben in die Menschen, die sie in ihrer Schule unterrichten und begleiten. Die Sichtweise des Herbstgesprächs ist somit schon aufgezeigt, nur echte Kommunikation und intensive Begleitung durch Erwachsene ermöglicht Kindern und Jugendlichen eine gesunde Entwicklung, damit sich körperliche, kognitive und seelische Fähigkeiten optimal entwickeln können.

Professor Ralf Lankau, Mitglied des Bündnisses „Humane Bildung“ verweist auf Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, der auf dem Evangelischen Kirchentag 2019 sagte: „Es geht um die Rückgewinnung des politischen Raums. (...) Was bleibt vom Menschen, wenn neue Technologien immer tiefer in unsere Entwicklungen eingreifen, unser Denken lenken, unsere Wünsche formen? Und wie soll Gesellschaft funktionieren, wenn jede Faser von Individualität – längst nicht mehr nur die Abweichung von der Norm – als Datenpunkt erfasst und in neuen Zusammenhängen verarbeitet wird – bei dem einen vom Staat (China, digitaler autoritärer Überwachungsstaat. W.F.), bei dem anderen von privaten Datenriesen (Silicon Valley. W.F.)“. Der Rohstoff hierfür sind Daten aus der Überwachung von menschlichem Verhalten, welche der Kapitalismus in Prognosen verwandelt, die alten und neuen Märkten verkauft werden. Überwachungskapitalismus nennt Shoshana Zuboff die Plattformökonomie nach US-Muster. Lankau fordert einen dritten, einen europäischen Weg, um IT-Infrastrukturen und Endgeräte wieder zu Werkzeugen im Dienst der Menschen zu machen. Es würde den Rahmen dieses Artikels sprengen, Lankaus prägnanten und gut nachvollziehbaren Vortrag in seinen dichten und vielschichtigen Inhalten ausführlich darzustellen, aber wichtige Aspekte seien angedeutet.

Lankau erläutert Grundbegriffe der Kybernetik, der sog. Künstlichen Intelligenz und der Digitalisierung und Datenökonomie (Systeme zur Kontrolle, Steuerung und Manipulation/ Datenselektion, maschinengesteuertes Nudging usw.), um dann darauf einzugehen, wie Verhalten maschinenlesbar gemacht wird und damit gesteuert werden soll (medienbasierte Verhaltensmanipulation), um die Ökonomisierung und Quantifizierung des Sozialen umzusetzen. Er verortet hier auch die empirische Bildungsforschung und die digitalen Konzepte für Unterricht. Durch Standardisierung von Lernprozessen zwecks Quantifizierung und Aufbau einer Testindustrie wird eine Form der Überwachungspädagogik aufgebaut, die nicht mehr in der bewährten Denkweise traditioneller emanzipatorischer Pädagogik verwurzelt ist.

Die moderne Datenökonomie deutet Lernen in einen mess- und steuerbaren Prozess um. Die technische Basis dafür ist Learning Analytics, also das Messen, Sammeln, Analysieren und Auswerten von Lerndaten, wobei alle Aktionen am Display oder Touchscreen, alle Tastatur- und Mauseingaben der Schüler\*innen aufgezeichnet und algorithmisch ausgewertet werden. Au-



Prof. Ralf Lankau, links und Frank Post, Gastgeber des Abends und Leiter der Grundschule Fuhsestraße

tomatisierte Datenverarbeitung besteht dabei aus Mustererkennung, Statistik und Wahrscheinlichkeitsrechnung, womit Prognosen für einen andauernden Lernerfolg, somit auch eine Einteilung in Leistungsfähigkeitsstufen erfolgen kann. Nicht zuletzt können Persönlichkeitsprofile erstellt werden. Die sogenannten Big Five der Persönlichkeitspsychologie – Offenheit, Gewissenhaftigkeit, Extrovertiertheit, Verträglichkeit, emotionale Stabilität in ihren jeweiligen Ausprägungen – ergeben z. B. sehr genaue Abbilder der jeweiligen Persönlichkeitsstrukturen. C. Meinel (Hasso Plattner Institut) beschreibt in der FAZ seine Vision in Bezug auf die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanzierte Schulcloud: „Jeder registrierte Nutzer kann ein Lernprofil anlegen, das idealerweise ab der Schulzeit alle relevanten Ausbildungsschritte registriert und den Status der Fortbildung nachvollzieht. Es würde so zum individuellen Lebenslauf werden, der über die individuellen Fähigkeiten und Kenntnisse punktgenaue Auskunft erteilt (...) und die Wahl der Studien- und Ausbildungsrichtung vereinfachen kann, die (bisher) von zufälligen Noten abhängig ist.“ Ein Avatar, ein Bildungsbuddy, kennt schließlich alle Angebote aus dem Bildungscloud-Atlas, soll den Lernenden auf seine Stärken und Schwächen hinweisen und ihn dabei unterstützen, durch den Lernetlas zu navigieren, um Vorschläge für weitere Bildungsmodule zu erhalten.

Lankau verweist schließlich auf zwei neue Institute in Baden-Württemberg, das Zentrum für Schulqualität und das Institut für Bildungsanalysen: Es geht dort um IT-konformen Unterricht (Daten sammeln), Lernstandserhebungen (Aufbau einer Testindustrie), Lernstanddiagnosen (Beurteilungen) und Schulleistungsvergleiche mit dem Ziel standardisierter Produktion von abprüfbareren Leistungen. Damit würde der/die Lehrer\*in zum Test- und Qualitätsmanager, also einem Lernbegleiter. Schon jetzt geht es also in der öffentlichen Diskussion und zum Teil schon vor Ort um die Rückgewinnung des pädagogischen Raumes. „Lernen lässt sich nicht automatisieren, Informationstechnik muss (nicht nur) für Schule neu gedacht werden!“ Diesbezüglich bedarf es, laut Lankau, der Beantwortung folgender didaktisch orientierter Fragen: „Was sollen Schüler\*innen denn am Rechner genau lernen? Müssen sie dafür online sein? Wenn ja: Welche Daten gehen dabei ins Netz, wozu, an wen?“

**Werner Fink**

## „Schule der Kulturhauptstadt“ – ein Bündnis braucht politische Verbündete

Seitdem das 18. Gymnasium und dann später eine 12. Integrierte Gesamtschule im Schulausschuss des Rates der Landeshauptstadt Hannover beschlossen wurden, ist es etwas ruhiger geworden um das Bündnis „Schule der Kulturhauptstadt“. Das Bündnis hatte sich im Mai 2018 unter Beteiligung von etwa 60 Personen, der AWO Region Hannover, der DGB Region Niedersachsen-Mitte, der GEW Region Hannover, der Kinderladen-Initiative Hannover e.V., dem SPD-Stadtverband Hannover, Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hannover, DIE LINKE Region Hannover, DIE PARTEI Region Hannover und der Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) in der SPD Hannover gegründet.

Am 6. Oktober traf sich das Bündnis mit Oberbürgermeister Belit Onay, um auszuloten, ob er als ein Mitstreiter für eine Modellschule mit den Jahrgängen 1 bis 13 zu gewinnen sei. Rudolf Kleine-Huster, didaktischer Leiter an der IGS Kronsberg und einer der Sprecher\*innen des Bündnisses, legte dar, was die Idee und die Ziele des Bündnisses seien. Aus seiner Sicht sind die nicht zu übersehenden Verwerfungen in der städtischen Schulpolitik keineswegs durch die Trennung nach Schulformen zu beseitigen. Es muss Antworten geben auf die Fragen:

- Wie geht die Stadt mit Schüler\*innen um, die abgeschult werden?
- Wie geht die Stadt mit Schüler\*innen um, die gesellschaftlich immer weiter ausgegrenzt und abgehängt werden?
- Wie geht die Stadt mit Schüler\*innen um, die immer stärker von gesellschaftlicher Teilhabe abgeschnitten sind?

Klar ist, dass das gegliederte Schulsystem darauf gar keine Antworten finden kann, weil es durch Selektion und Ausgrenzung gekennzeichnet ist. Daher muss die Frage in den Mittelpunkt gestellt werden, wie wir uns eine Lernkultur der Zukunft vorstellen. Und hier ist sie wieder, die Forderung der Entwicklung einer Vision. Das ist in Diskussionen oft der Punkt der genervten und Augen rollenden Blicke. Nicht jedoch für das Bündnis. Der Anspruch war nie gewesen, ein fertiges Konzept einer innovativen Modellschule vorzulegen und dieses dann im Schulausschuss abstimmen zu lassen.

Auf der Suche nach weiteren Mitstreiter\*innen scheint dies allerdings der gewohnte Weg zu sein. Das lässt sich auch als Ergebnis des Gesprächs mit Belit Onay festhalten.

In der Beschreibung und Analyse der jetzigen bildungspolitischen Lage der Stadt steht der Oberbürgermeister dem Bündnis sehr nahe. Der Weg zum Beschluss des 18. Gymnasiums beschreibt er als „schwere Geburt“, die Debatten darum haben deutlich gemacht, dass es eine Scheu gebe, bildungspolitisch den großen Wurf zu machen. Diese Scheu sieht er in der Kommunal- als auch Landespolitik. Dabei ist die Sackgasse, in der wir uns längst befinden, nicht mehr zu übersehen. Die getroffe-



### Bündnis für eine Schule der Kulturhauptstadt

nen Beschlüsse der vergangenen Zeit waren davon geprägt, punktuell eine Lösung anzubieten, jedoch ohne nachhaltigen Effekt. Auch wenn sich vorerst landespolitisch nichts verändern wird, müssen die städtischen Spielräume ausgelotet und genutzt werden. Mit Bezug auf die Bewerbung Hannovers zur Kulturhauptstadt Europas 2025 rät er dem Bündnis, die Frage der Lernkultur der Zukunft und damit verknüpft einer Schule der Kulturhauptstadt noch einmal ins Spiel zu bringen. Für den Fall, dass Ende Oktober entschieden werden wird, dass Hannover 2015 Kulturhauptstadt werden wird, wird das Bündnis umgehend an das Kulturhauptstadtbüro herantreten und sich anbieten, diesen Prozess mit auf den Weg zu bringen.

Als Fazit und Ausblick haben wir nach dem Gespräch festgehalten, dass sich keine der dem Bündnis angehörenden Parteien den Hut aufgesetzt hat, um die Möglichkeiten des Weges hin zu einer Modellschule auszuloten und ernsthaft zu verfolgen. Dabei hatte bereits im März 2019 eine Bildungskonferenz unter dem Titel „Schule der Zukunft“ unter Beteiligung von über 150 Interessierten auf Einladung der Schulverwaltung im Pavillon stattgefunden. Die Ergebnisse spielen bis heute keine Rolle, wenn es darum geht, eine zukunftsfähige Schulentwicklung über politische Entscheidungen voranzubringen.



v.l.n.r.: Rudolf Kleine-Huster, Belit Onay, Maren Kaminski

Während viele andere Großstädte begonnen haben, sich den ähnlichen Problemen zu stellen und innovative Modelle und Herangehensweisen auszuprobieren, scheint in Hannover die Zeit dafür nicht reif zu sein. Das ließe sich mit Blick auf die Programme für die Kommunalwahl am 12. September 2021 ändern. Dafür wurde verabredet, dass die bildungspolitischen Sprecher\*innen der Parteien, die Mitglied im Bündnis sind, für den 15. Dezember 2020 eingeladen werden, um sie daraufhin abzuklopfen, ob sie weiterhin hinter dem Bündnisgedanken stehen und welche Vorstellungen sie konkret haben, um ihn wieder in den Fokus zu rücken.

**Maren Kaminski**

HannoverNEWS 3/2020

## 8 TERMINE

# Mitgliederversammlung der GEW Region Hannover



**Mittwoch, 11. November 2020, 16.30 bis 19.30 Uhr**  
**Zirkuszelt im Garten des Hauses der Jugend,**  
**Maschstraße 22-24 (Nähe Aegi), 30169 Hannover**

**Belit Onay**, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover, wird seinen Besuch bei uns, der schon für den 30. April geplant war, nachholen. Wir werden ihn zu seinen bildungspolitischen Ideen und Vorhaben befragen. Außerdem wird ein neuer Kreisvorstand gewählt.

### Vorschlag für eine Tagesordnung:

1. Begrüßung und Formalia
2. Oberbürgermeister Belit Onay stellt seine bildungspolitischen Schwerpunkte vor
3. Rechenschaftsbericht
4. Bericht der Kassenprüfung
5. Entlastung des Kreisvorstandes
6. Wahlen
  - Wahl der/des Kreisvorsitzenden
  - Wahl der stv. Kreisvorsitzenden
  - Wahl einer Kreisschatzmeisterin/eines Kreisschatzmeisters
  - Wahl einer stv. Kreisschatzmeisterin/eines stv. Kreisschatzmeisters
  - Wahl der zwei Kassenprüfer\*innen
7. Haushalt
8. Anträge
9. Termine und Ankündigungen

### Organisatorische Hinweise:

Der Veranstaltungsort bietet ausreichend Platz, um geltende Abstands- und Hygieneregeln einzuhalten. Daher führen wir eine Präsenzveranstaltung durch. Die Möglichkeit der Zuschaltung per Videokonferenz ist nicht vorgesehen. Für die weitere Vorbereitung ist eine Anmeldung an [gew@gew-hannover.de](mailto:gew@gew-hannover.de) erforderlich.

### Bisher bekannte Kandidaturen für den Kreisvorstand:

- Katja Wehrend und Harald Haupt als Vorsitzendenteam
- Jürgen Hein, Schatzmeister
- Barbara Kieser, stellvertretende Schatzmeisterin

### Stellvertretende Vorsitzende:

- Susan Bartels de Pareja als Ansprechpartnerin für Fragen in der Grundschule
- Birte Clasen als Ansprechpartnerin für Schule im Aufbruch und Schule Plus
- Dr. Jutta Grebe als Ansprechpartnerin für Fragen zu Gymnasien
- Hilko Hinrichs als Ansprechpartner für Funktionsstellen
- Faruk Özmarti als Ansprechpartner für Fragen zu Berufsschulen
- Frank Post als Ansprechpartner für Schulleitungsfragen

## Die Fachgruppe Senior\*innen lädt ein:

Liebe Seniorinnen und Senioren,

wir laden euch ein zur offenen Fachgruppensitzung der Senior\*innen,

**am Dienstag, 10. November 2020 von 11 bis 12.30 Uhr in der GEW-Geschäftsstelle,  
Berliner Allee 18, Hannover.**

Da die Senior\*innen zur Risikogruppe bezüglich Corona gehören, sind in Niedersachsen bisher alle Treffen und Veranstaltungen der Senior\*innen ausgefallen. Wir wollen besprechen, wie wir mit unserer Arbeit weiter machen wollen.

Wir bitten darum, euch anzumelden, wenn ihr beabsichtigt, zur Fachgruppensitzung zu kommen: [gew@gew-hannover.de](mailto:gew@gew-hannover.de)

**Euch also alles Gute, Eure Heidi Forneck-Schulz, Euer Werner Fink und Klaus Meier**